

## A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Mehrere Fraktionen
Eingang	13.02.2023
Federführend	GB 1, Abt. 1/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

22.02.2023

Betreff:

**Neutralitätsgebot Dezernenten**  
**- Anfrage der Fraktionen GfS, UWG und FDP**

### Vorbemerkung:

Eine Verletzung der Neutralitätspflicht durch den Dezernenten für Kinder, Jugend und Familie, Bildung, Soziales und Wohnen Schule, Herrn Andree Schmidt, im Vorfeld des Bürgerentscheids „Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“ über die Zukunft des Siegener Schulsystems ist nicht erkennbar. Im Gegenteil, die Gemeindeorgane sind im Falle eines kassatorischen Bürgerbegehrens sogar gehalten, öffentlich wertend Stellung zu nehmen.

Der 15. Senat des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen hat dazu in einer Entscheidung aus dem Jahr 2013 (15 B 304/13) wie folgt ausgeführt:

„Die Bürgermeisterin der Antragsgegnerin unterliegt im Zusammenhang mit der Durchführung eines Bürgerbegehrens bzw. eines Bürgerentscheids keinem Neutralitätsgebot wie bei Wahlen. Vielmehr können die Organe einer Gemeinde gerade bei einem - wie hier in Rede stehenden - kassatorischen Bürgerbegehren, mit dem die vollständige oder teilweise Beseitigung eines Ratsbeschlusses durch Aufhebung oder Änderung erstrebt wird, sogar gehalten sein, öffentlich zu dem Sachbegehren wertend Stellung zu nehmen.“

Im repräsentativ-demokratischen Verfahren der gemeindlichen Willensbildung sind Organe oder Organteile der Antragsgegnerin in vielfältiger Form beteiligt. Bei einem kassatorischen Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid hat sogar schon eine Willensbildung der Gemeinde im repräsentativ-demokratischen Wege stattgefunden. Ferner sieht auch das Recht des Bürgerbegehrens selbst vor, dass Gemeindeorgane inhaltlich zu dem Bürgerbegehren Stellung nehmen können: Gemäß § 26 Abs. 6 Satz 3 GO NRW ist ein Bürgerentscheid nur durchzuführen, wenn der Rat dem zulässigen Bürgerbegehren nicht entspricht.

Spätestens in diesem Stadium sieht also das Gesetz die regelmäßige inhaltliche Befassung von Gemeindeorganen mit dem sachlichen Ziel des Bürgerbegehrens in öffentlicher Sitzung vor und damit auch einen Beschlussvorschlag des Bürgermeisters in Vorbereitung des Beschlusses. Wird statt des gewöhnlichen Verfahrens der gemeindlichen Willensbildung der Weg des Bürgerentscheids gewählt, der einen Ratsbeschluss ersetzen soll, so folgt daraus nicht die Verpflichtung der Gemeindeorgane, sich nunmehr aus der gemeindlichen Willensbildung herauszuhalten und Neutralität zu üben. Dem entsprechend haben die an einem Bürgerbegehren und Bürgerentscheid teilnehmenden Bürger ebenso wenig einen Anspruch auf Neutralität der Gemeindeorgane wie es die Ratsmitglieder in repräsentativ demokratischen Verfahren haben.“

Eine weitere Entscheidung des 15. Senats des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2016 (15 B 948/16) bestätigt diese Auffassung und entwickelt sie wie folgt weiter:

„Die gemeindlichen Organe unterliegen im Zusammenhang mit der Durchführung eines Bürgerbegehrens bzw. eines Bürgerentscheids keiner Neutralitätspflicht wie bei Wahlen. Einschränkungen ihrer Äußerungsbefugnis in amtlicher Funktion ergeben sich erst durch Kompetenznormen, den Grundsatz der Teilnahmefreiheit und das Sachlichkeitsgebot.“

Und weiter:

„Die gemeindlichen Organe unterliegen im Zusammenhang mit der Durchführung eines Bürgerbegehrens bzw. eines Bürgerentscheids keiner Neutralitätspflicht wie bei Wahlen.

Vielmehr können sie gerade bei einem - wie hier in Rede stehenden - kassatorischen Bürgerbegehren, mit dem die vollständige oder teilweise Beseitigung eines Ratsbeschlusses durch Aufhebung oder Änderung erstrebt wird, sogar gehalten sein, öffentlich zu dem Sachbegehren wertend Stellung zu nehmen. Einschränkungen ihrer Äußerungsbefugnis in amtlicher Funktion ergeben sich deshalb erst durch Kompetenznormen den Grundsatz der Teilnahmefreiheit und das Sachlichkeitsgebot.“

Eine Verletzung des Sachlichkeitsgebots ist bei dem geteilten Beitrag für die Verwaltung nicht erkennbar.

Hinzu kommt, dass vorgenannte Rechtsprechung Äußerungen in amtlicher Funktion betreffen. Der hier in Rede stehende Hinweis zur Anmeldefrist wurde jedoch auf der privaten Facebook-Seite von Herrn Schmidt geteilt. Bei privaten Äußerungen gelten die besonderen Beschränkungen, die für amtliche Äußerungen entwickelt wurden, nicht. Vielmehr kommen auch Amtsträger als Privatperson und bei privaten Äußerungen in den Genuss grundrechtlich geschützter Freiheit.

Vor diesem Hintergrund werden die gestellten Fragen wie folgt beantwortet:

**Frage 1:**

Ist dem Bürgermeister bekannt, ob der Dezernent Schmidt auch einen Beitrag in den sozialen Medien gepostet hat, in dem er für die Anmeldung an der Hauptschule Achenbach oder den Realschulen am Oberen Schloss oder der Morgenröthe wirbt? Wenn nein: Entspricht die einseitige Werbung für das politisch kontrovers diskutierte Thema 4. Gesamtschule einem Verstoß gegen das Neutralitätsgebot des Beamtenstatusgesetzes?

**Antwort:**

Dem Bürgermeister ist nicht bekannt, ob Dezernent Schmidt auf seiner privaten Facebook-Seite einen entsprechenden Beitrag gepostet hat. Das Posting steht vollständig im Einklang mit der oben zitierten Rechtsprechung. Ein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot ist nicht erkennbar.

**Frage 2:**

Wie beurteilt die Verwaltung die vorliegende Einflussnahme ihres Dezernenten hinsichtlich der Brisanz des Themas?

**Antwort:**

Auch hier ist darauf hinzuweisen, dass das Posting vollständig im Einklang mit der oben zitierten Rechtsprechung steht. Es handelt sich weiter um eine Äußerung auf der privaten Facebook-Seite des Dezernenten. Die Verwaltung respektiert die private Äußerungssphäre ihrer Amtsträger und damit auch die des Dezernenten sowie den dort geltenden grundrechtlich gewährleisteten Schutz der Meinungs- und Äußerungsfreiheit. Eine Beurteilung der Äußerung scheidet vor diesem Hintergrund aus.